



***It's the ecology, stupid!* Klimadiplomatie als Chance für Wirtschaft, Gesellschaft – und die transatlantischen Beziehungen von Morgen**

Martin-Sebastian Abel & Dr. Benjamin Becker

Nach der Klimakonferenz in Glasgow (COP26) stellte sich bei vielen Beobachtern Ernüchterung ein. Auch sechs Jahre nach dem Durchbruch in Paris hängt die Weltgemeinschaft ihren Plänen hinterher. Es fehlen Maßnahmen und Reformen, um die Erderwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen. Insbesondere die Ankündigung Indiens, erst bis 2070 klimaneutral zu werden, sowie die Zurückhaltung Chinas haben die Erwartungen deutlich gedämpft. Gleichzeitig sind die USA wieder dem Abkommen beigetreten, und in Deutschland hat die neue Ampel-Koalition ambitionierte, an Innovation und Wachstum orientierte Pläne für Klimaschutzpolitik vorgelegt. Die Achse zwischen Washington und Berlin könnte somit zum Antriebsmotor für einen neuen Aufbruch in der Klima- und Wirtschaftspolitik werden. Ein Aufruf für eine transatlantische Klima-Allianz!

Im Jahr 2015 wurde das Pariser Abkommen (UNFCCC 2015) unterzeichnet und damit eine multilaterale Antwort auf die Bedrohung durch den Klimawandel gegeben. Insgesamt 189 von 196 Staaten haben das Pariser Abkommen bis heute ratifiziert. Nach einem kurzen Ausstieg unter der Präsidentschaft Donald Trumps kündigte US-Präsident Joe Biden nicht nur die Rückkehr der USA in das Abkommen an, sondern unterschrieb noch an seinem ersten Amtstag ein Dekret, das den Wiedereinstieg einleitete. Damit setzte Joe Biden ein klares Signal für die zukünftige US-Klimapolitik.

Biden hatte vor dem bevorstehenden Klimagipfel in Glasgow eine schwierige Aufgabe: die Welt zu überzeugen, dass die USA wieder eine Führungsrolle einnehmen, obwohl die Politik seines Vorgängers in die entgegengesetzte Richtung ging – wohlwissend, dass die äußerst knappen Mehrheitsverhältnisse im US-Kon-

gress wenig Spielraum lassen für radikale Politikwechsel. Dass Biden darüber hinaus gar das rhetorische Mittel einer persönlichen Entschuldigung wählte, zeigt die Dimension der entstandenen Vertrauenskrise. Seine Rede war damit gleichzeitig ein Hoffnungsschimmer der im Vorfeld stark kritisierten Glasgower Klimakonferenz. Denn auch sechs Jahre nach Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens gibt es keinen ausreichend effektiven Abbaupfad für klimaschädliche Emissionen. Während durch die weltweit andauernde COVID-19-Pandemie die CO₂-Emissionen vorübergehend sanken, zeigen die neuesten Zahlen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) einen ungebrochenen Aufwärtstrend: Die Emissionswerte haben inzwischen das Vorkrisenniveau erreicht und stellen neue Rekorde auf. Joe Bidens Botschaft war daher eine mahnende, aber zugleich optimistische: er stellte Innovationen und nachhaltiges Wachstum des Arbeitsmark-

tes in den Mittelpunkt seiner mit Spannung erwarteten Rede in Glasgow. Diese baute auch aus deutscher Sicht eine wichtige transatlantische Brücke für die zukünftige Klimadiplomatie der neuen Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP.

Moralischer und wirtschaftlicher Imperativ zur Klimaneutralität – aber die Zeit wird knapp

Diese ist bitter notwendig, denn in Glasgow gab es auch entmutigende Signale, darunter die Ankündigung Indiens, erst bis 2070 klimaneutral zu werden. Damit würden gleich drei G-20 Mitglieder und ausgerechnet die Top 3 der CO₂-Emittenten weit hinter den europäischen Klimazielen (2045) zurückbleiben: Indien 2070, China 2060 und die Vereinigten Staaten 2050. Um die schwerwiegendsten und weitreichendsten Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und zu begrenzen, ist jedoch eine rasche globale Verringerung der Treibhausgaskonzentrationen unabdingbar. Angesichts der sonst drohenden Szenarien einer globalen Erwärmung um mehr als 2 Grad ist das nächste Jahrzehnt entscheidend. Auch in Szenarien, die das ideale Pariser Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, erreichen, sind weitgehende Investitionen und Maßnahmen notwendig, um Lebensräume widerstandsfähig zu machen und schwerwiegende Einschnitte in Wertschöpfungsketten zu vermeiden. Viele Wissenschaftler erheben bereits Zweifel, ob das 1,5-Grad-Ziel noch zu halten ist.

Im Jahr 2020 veröffentlichte das McKinsey Global Institute (MGI) die Studie *Climate Risk and Response*, die wissenschaftliche Klimamodelle mit wirtschaftlichen Prognosen bis 2030 und 2050 kombinierte und die sozioökonomischen Folgen des Klimawandels in mehr als 100 Ländern analysierte, die 90 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) repräsentieren. In neun regionalen Fallstudien untersuchte das MGI die Auswirkungen von Hitzewellen, Überschwemmungen und Ernteaussfällen sowie mögliche langfristige Folgen von physischen

und sozioökonomischen Risiken durch den Klimawandel. Der Studie zufolge sind hunderte Millionen Menschenleben durch den Klimawandel gefährdet; beispielsweise durch das deutlich gestiegene Risiko, dass ganze Regionen aufgrund von Überflutungen oder Hitze unbewohnbar werden. Solche physischen Risiken haben auch enorme wirtschaftliche Auswirkungen, wie beispielsweise im Falle des verheerenden Hurricanes Harvey im Jahr 2017, der einen Schaden von 125 Milliarden Dollar verursachte. Die erwähnte Studie simuliert die zunehmende Häufigkeit solcher Ereignisse anhand von sogenannten Klimaszenarioanalysen unterschiedlicher Temperaturlevel und zeigt potenzielle Auswirkungen auf den globalen Handel und zukünftige Investitionsentscheidungen auf.

Neben den unmittelbaren physischen Auswirkungen des Klimawandels sind die sogenannte Transitionskosten eine zusätzliche Gefahr für den weltweiten Handel und die Stabilität unserer Wirtschaftssysteme. Zu diesem Thema gibt es zahlreiche Studien, die die Auswirkungen von Transformationsrisiken wie *Stranded Assets* und deren Bedeutung für die Stabilität des Finanzsystems aufzeigen. *Stranded Assets* sind Vermögenswerte von Unternehmen (z. B. Ölvorräte), die nicht mehr genutzt werden können und damit wertlos geworden sind. Wenn innerhalb kürzester Zeit viele Vermögenswerte „stranden“ und die kreditgebenden Banken keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen haben, besteht die Gefahr, dass auch Banken in den Konkurs getrieben werden – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Steuerzahler und die Realwirtschaft. Wenn mehrere Banken gleichzeitig von einem solchen Szenario betroffen sind, kann sogar die Stabilität des gesamten Finanzsystems auf dem Spiel stehen. Nicht umsonst hat die US-amerikanische Finanzaufsichtsbehörde FSOC den Klimawandel zum systemischen Risiko für die Finanzmarktstabilität erklärt.

Neben einer deutlichen Reduzierung dieser Risiken bringt eine aktive Anpassung an die Kli-

mafolgen, trotz aller hiermit verbundener Kosten, zudem weitere große Chancen mit sich: So wird erwartet, dass die Veränderungen, die erforderlich sind, um Klimaneutralität zu erreichen, bis 2050 fast fünf Millionen neue Arbeitsplätze im Energiesektor schaffen werden. Dies wäre ein Anstieg von 24 Prozent im Vergleich mit einer unveränderten Klimapolitik. Diese Chancen stellte auch Präsident Biden bei seiner Rede in Glasgow in den Mittelpunkt: eine moderne, am Klimaschutz ausgerichtete Weltwirtschaft könne den Lebensstandard auf der ganzen Welt anheben. Der US-Präsident sprach wörtlich von einem moralischen und wirtschaftlichen Imperativ – unter der Voraussetzung, dass die Weltgemeinschaft für mehr Wachstum, neue Arbeitsplätze und bessere Chancen für alle Bürger sorgen würden.

Großes Potential einer transatlantischen Klimadiplomatie

Das große Projekt einer Klimadiplomatie zwischen den USA und Deutschland hätte das Potential, durch die Verbindung von Wohlstand, Innovationen und gesellschaftlichem Fortschritt zum *Role Model* für ein weltweites Umdenken in der Klimapolitik zu werden. Dies könnte auch den Ländern des globalen Südens ihre Angst nehmen. Sie sehen ihren wirtschaftlichen Aufschwung, der zu großen Teilen auf fossilen Emissionen basiert, durch aktuelle Klimaschutzbemühungen gefährdet. Diese Verknüpfung gilt es nachhaltig zu durchbrechen – und zwar sofort: Die zähen Verhandlungen und die ernüchternde Bilanz sechs Jahre nach Paris erfordern ein rasches Handeln.

Zu Beginn dieses Jahrtausends basierte das deutsche „Exportwunder“ auch auf Exporten im Bereich der Energie- und Klimatechnologie. Die hohe Nachfrage nach deutschem Industrie-Know-how führte auch zu deutsch-amerikanischen Kooperationen im Wissenschafts- und Forschungssektor. Besonders die Rolle der Bundesstaaten und Bundesländer ist hier hervorzuheben, wie beispielsweise die Klimapartnerschaft zwischen Minnesota und Nordrhein-

Westfalen, die nicht nur, aber wesentlich von Universitäten getragen wird. Ebenfalls haben durch die Präsidentschaft Donald Trumps substaatliche Bündnisse, wie die „Under2Coalition“ oder die „C40 Cities Climate Leadership Group“, an Bedeutung gewonnen. Sie bilden das Fundament, auf dem nunmehr die nationalstaatliche Ebene aufbauen kann. Die Bedeutung dieser Bündnisse hat auch John Kerry, der erste US-Sonderbeauftragte für Klimafragen, in seinen Reden und Besuchen immer wieder hervorgehoben.

Die Weigerung der Regierung Trump, im Bereich Klimaschutz aktiv zu werden, hatte zudem einen weiteren Effekt – mit weitreichenden positiven Folgen: Die so genannte *Divestment*-Bewegung, die den Verkauf von klimaschädlichen Aktien und Wertpapieren fordert, und vor allem die großen Pensionsfonds von Universitäten und öffentlichen Einrichtungen im Fokus hatte, erreichte in den Jahren unter Trump ihren Höhepunkt. So hat jüngst die Harvard University entschieden, ihren mächtigen Endowment Fund, mit 53 Milliarden US-Dollar die größte akademische Stiftung weltweit, zu *divestieren*, das heißt: die Investitionen in fossile Brennstoffe komplett abzustoßen. Dies ist eine milliardenschwere Entscheidung mit weitreichenden Auswirkungen für die Refinanzierung der Öl-Industrie. Harvard folgte damit dem Vorbild vieler anderer Universitäten und Pensionsfonds in den USA. Auch konfessionelle Institutionen und gemeinwohlorientierte Stiftungen weltweit haben ethisch begründete Rahmenwerke und ausgefeilte Kriterienkataloge für ihre Pensions- und Stiftungsfonds eingeführt. Sie hatten dabei einen prägenden und vorbildhaften Einfluss auf andere Marktteilnehmer, da sie ihre Finanzprodukte an die teils sehr strikten Compliance-Anforderungen ihrer Kunden, wie beispielsweise Kirchen, anpassen mussten. Dies stellte Anlageexperten und Aufsichtsbehörden vor die Herausforderung, Transparenz und Orientierung zu schaffen – was wiederum die Entwicklung von allgemeinen Standards und Rahmenbedingungen erforderlich machte.

In der EU und ihren Mitgliedstaaten führte dies zu einer Vielzahl an Gesetzesinitiativen und Verordnungen, auf EU-Ebene darunter auch die Entwicklung einer Taxonomie-Verordnung. Der Begriff der Taxonomie ist aus den Naturwissenschaften entnommen und beschreibt die Katalogisierung von Pflanzenarten. Ähnliches hat sich die Kommission vorgenommen, die Wirtschaftsaktivitäten katalogisieren und im ersten Schritt „grüne“ von nicht „grünen“-Aktivitäten unterscheiden will. Diese Taxonomie wurde jüngst vom Europäischen Rat verabschiedet – und dennoch droht sie zu scheitern: Dies liegt nicht nur an der möglichen Berücksichtigung von Atomkraft und Gas, die im Interesse einiger Mitgliedsstaaten, allen voran Frankreich, per se als „grün“ einzustufen sind. Vielmehr spielen auch zahlreiche Interventionen anderer Mitgliedsstaaten eine Rolle, die aus nationalen Machtinteressen heraus den wissenschaftlichen daten- und faktenbasierten Prozess unterwandern, der seit dem Pariser Klimaschutzabkommen eigentlich als erforderlich gilt. Die Berücksichtigung von Atom- und Gasenergie ist dabei nur das prominenteste, wenngleich sicher folgenreichste Beispiel; auch, da sie zu langwierigen Klageprozessen verschiedener Länder führen dürfte. So hat beispielsweise Österreich angekündigt, für den Fall der Aufnahme dieser Energieträger Klage einzureichen. Dies würde das angestrebte Qualitätssiegel bereits vor dessen Schaffung stark schädigen und zudem ein weiteres wichtiges Element des Pariser Klimaschutzabkommens blockieren, nämlich die Umleitung von Finanzströmen in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Die Klimaachse als historische Chance für Washington und Brüssel

Die neue Bundesregierung könnte aus der Not eine Tugend machen und mit den USA in einen Regulierungsdiallog treten, um die notwendigen Transitionskosten für Klimainvestitionen mit privaten Geldern zu gewährleisten und den Märkten einen Rahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft geben – wie es der Koalitionsvertrag des Ampel-Bündnisses vorsieht. Eine

transatlantische Klimaallianz könnte somit durch gezielte Investitionen in eine 1,5-Gradkonforme Klimaschutzpolitik Innovation und Wohlstand fördern.

Schon mehrfach in der Geschichte hat die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den transatlantischen Partnern als Motor gedient, um die Herausforderungen der Zukunft zu lösen. Die Ampel-Koalition, die Pandemiebedingt wohl die schwersten Startbedingungen für eine neue Regierung hatte, könnte hier ein erstes eigenes Erfolgs-Projekt vorweisen, indem sie auf den Ebenen der Wirtschafts-, Klimaschutz-, Finanz- und Außenpolitik schnell den Schulterchluss mit den USA sucht.

Die Grundlagen dafür wurden bereits beim EU-USA Gipfeltreffen im Juni 2021 gelegt: neben gemeinsamen Zielvereinbarungen und dem Bekenntnis zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels wurde eine transatlantische Allianz für grüne Technologie ausgerufen. Zudem wurden ein Handels- und Technologierat EU-USA (TTC) initiiert und erste Ziele für das Gremium formuliert. Eines dieser Ziele ist die Zusammenarbeit bei der Entwicklung kompatibler und internationaler Normen. Dies könnte auch der geeignete Ort für erste Besprechung einer gemeinsamen Empfehlung für Nachhaltigkeitsstandards im Finanzwesen sein. Schließlich kam der Gipfel auch überein, Vorschläge für die Reform der WTO zu unterbreiten. Auch hierbei könnten gemeinsame Klimaschutzziele und entsprechende Vereinbarungen in Handelsabkommen auf der Agenda stehen.

Eine Blaupause für eine solche Klimaachse wurde im Juli 2021 geschrieben: Präsident Biden und Bundeskanzlerin Merkel hatten im Weißen Haus den Startschuss für die Klima- und Energiepartnerschaft zwischen den USA und Deutschland bekannt gegeben. Die sehr auf Energiefragen fokussierte Partnerschaft kam trotz erheblicher Differenzen über grundsätzliche Fragen, wie zum Beispiel den NordStream 2 zustande. Ein Anknüpfungspunkt für eine neue Klimaallianz.

Über die Autoren

Martin-Sebastian Abel

Martin-Sebastian Abel ist Director bei der Kommunikationsberatung MSL und berät Unternehmen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Strategie. Berufsbegleitend absolvierte er ein MBA-Studium an der WHU – Otto Beisheim School of Management und schrieb seine Master-Thesis über Sustainability Accounting Standards. Abel ist Certified Expert in Sustainable Finance von der Frankfurt School of Finance und Management und hält mehrere Zertifizierungen im Bereich Sustainability Reporting. 2019 forschte er im Rahmen des ACG USA / DZ BANK Fellowships in den USA zu den Auswirkungen von Fossil Fuel Divestment auf das Finanzsystem. Abel ist Mitglied im Vorstand des Freundeskreis AmerikaHaus NRW e.V. und Alumnus des Aspen Leadership Seminars sowie des NextGen Networks.



Dr. Benjamin Becker

Dr. Benjamin Becker leitet als Direktor die Geschäftsstelle des AmerikaHaus NRW e.V. In früheren Funktionen war er u. a. für die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission und die American Academy in Berlin tätig. Er ist Alumnus des Fulbright-Programms, des Atlantik-Brücke-Young-Leaders-Programms und des Aspen-Seminars. Sein Englisch- und Geschichtsstudium führte ihn nach Bonn, Köln und Atlanta. An der Universität zu Köln wurde er mit einer Arbeit zum Interkulturellen Lernen promoviert.



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht der Autoren dar. Sie sprechen ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institutionen.

Über diese Reihe

In Anknüpfung an die virtuelle Veranstaltungsreihe **Road to Election Night & Beyond** begleiten elf transatlantische Institutionen und politische Stiftungen Joe Bidens Innen- und Außenpolitik über seine ersten 100 Tage im Amt hinaus im Rahmen dieser Publikationsreihe. Wir möchten das hoffnungsvolle Momentum nach seiner Amtseinführung aufgreifen und **Transatlantische Impulse** für die Zusammenarbeit zwischen den USA, Deutschland und Europa setzen. Mehr Informationen zur Reihe gibt es unter dem Hashtag #TransatlantischeImpulse und via <https://transatlantische-impulse.de>.

Partner: American Chamber of Commerce in Germany, American Council on Germany, Amerikahaus München, AmerikaHaus NRW, Aspen Institute Germany, Atlantik-Brücke, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, The German Marshall Fund of the United States, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung.

Herausgeberschaft: Aspen Germany et al.

ISSN: 2748-2480

Redaktion: Emilie Schreier / Dr. Stormy-Annika Mildner

Design & Layout: Laura Senfleben